Satzung des Eppendorfer Bürgervereins von 1875

I. Name und Sitz des Vereins

§ 1

Der am 25. Februar 1875 gegründete Eppendorfer Bürgerverein ist auf Grund § 5 Absatz 2 des hamburgischen Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch ein rechtsfähiger Verein und hat seinen Sitz in Hamburg.

II. Zweck des Vereins

§ 2

- Der Verein bezweckt:
 - den Zusammenschluß der Bürger im Stadtteil Eppendorf zur Wahrnehmung seiner und der Interessen seiner Mitglieder auf kommunalem und wirtschaftlichem Gebiet;
 - die Förderung gemeinnütziger, kultureller, sportlicher und sozialer Angelegenheiten;
 - die Weckung und Vertiefung der Heimatliebe;
 - die Pflege der Geselligkeit unter den Mitgliedern und deren Familien.
- Der Verein ist religiös und parteipolitisch neutral und ungebunden.

III. Geschäftsjahr

§ 3

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

IV. Von den Mitgliedern, deren Aufnahme, Austritt und Ausschluß

§ 4

Mitglied kann jeder unbescholtene deutsche oder andere Staatsbürger werden, der sich zu den Zielen des Vereins bekennt. Vereine, Firmen usw. können korporativ Mitglied werden.

§ 5

Wer dem Verein als Mitglied beizutreten wünscht, hat dem Vorstand einen selbst unterschriebenen Antrag einzureichen.

§ 6

- Über die Aufnahme eines Mitgliedes entscheidet der Vorstand.
- Der Aufgenommene erhält eine Mitgliedskarte und eine Satzung.
- Jedes Mitglied ist berechtigt, bei den Versammlungen des Vereins Gäste einzuführen.
- Jedes Mitglied erhält monatlich unsere Zeitschrift „Der Eppendorfer“. Der Kaufpreis dafür ist durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

§ 7

- Jedes Mitglied hat das Recht, Anträge zur Tagesordnung einer Mitgliederversammlung zu stellen. Diese sind dem Vorstand bis zum **15. des Vormonats** schriftlich einzureichen.
Der Vorstand darf die Anträge zurückweisen oder zurückstellen. Dem Antragsteller steht jedoch das Recht der Berufung an die Mitgliederversammlung zu.
- Jedes Mitglied hat die Pflicht, die Bestrebungen des Vereins durch Besuch der Versammlungen und der Veranstaltungen sowie durch gewissenhafte Ausübung der ihm übertragenen Geschäfte zu fördern. Es wird von jedem Mitglied erwartet, daß es ein Ehrenamt nicht ohne genügenden Grund ablehnt.

§ 8

- Personen, die sich um das Wohl Hamburg-Eppendorfs oder des Vereins besonders verdient gemacht haben, können **auf Vorschlag des Vorstandes** durch Beschluß der Mitgliederversammlung zu Ehrenmitgliedern ernannt werden.
- Ein ehemaliger Vorsitzender kann auf Vorschlag des Vorstandes aufgrund seiner besonderen Verdienste um den EBV. von der Mitgliederversammlung zum Ehrenvorsitzenden auf Lebenszeit gewählt werden.**
- Über die Ernennung zum Ehrenmitglied und zum **Ehrenvorsitzenden** wird eine Urkunde ausgestellt. Ehrenmitglieder erhalten eine Ehrennadel verliehen.

§ 9

1. Ein Mitglied kann nur am Ende eines Kalenderjahres austreten, sofern die Mitgliedschaft mindestens 6 Monate gewährt hat. Ein evtl. Ausscheiden bzw. Austritt muß durch eingeschriebenen Brief an den Vorsitzenden unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von einem Monat angezeigt werden.
2. Wenn ein Mitglied trotz Mahnung mit einer Beitragsschuld von insgesamt 6 Monaten im Rückstand ist, kann ihm fristlos gekündigt werden, wenn ihm zuvor keine Stundung eingeräumt wurde. Der gesamte Restbetrag ist jedoch immer fällig.
3. Bei Ausscheiden aus dem Verein sind der Mitglieder-Ausweis und das Vereinsabzeichen an die Vereinsleitung zurückzugeben.

§ 10

1. Wer nachweislich die Interessen des Vereins schädigt, **Mitglieder abwirbt** oder die Voraussetzungen für die Aufnahme nicht mehr erfüllt, ist aus dem Verein auszuschließen. Über den Ausschluß entscheidet der Vorstand. Dem Auszuschließenden ist Gelegenheit zur Rechtfertigung zu geben.
2. Gegen den Ausschließungsbeschluß kann der Ausgeschlossene innerhalb eines Monats zu Händen des Vorstandes schriftlich Berufung an die Mitgliederversammlung einlegen. Die Entscheidung der Mitgliederversammlung ist endgültig.

§ 11

1. Wer austritt oder ausgeschlossen wird, verliert alle Ansprüche an das Vereinsvermögen; die dem Verein gegenüber eingegangenen Verpflichtungen muß er jedoch erfüllen.
2. Wer aus dem Verein ausgeschlossen wird, darf auch nicht als Gast wieder eingeführt werden.

§ 12

1. Die Höhe der Mitgliedsbeiträge und Aufnahmegebühr werden in der Hauptversammlung beschlossen und im Aufnahmeantrag angezeigt.
2. Jedes neu eintretende Mitglied hat den Beitrag vom ersten Tage des Monats ab zu zahlen, in dem die Aufnahme erfolgt.
3. Der Beitrag ist **mindestens** vierteljährlich im voraus möglichst unbar **auf eines unserer Konten zu überweisen.**

V. Die Organe des EBV.

§ 13

Der Vorstand des Vereins besteht aus dem/der ersten und zweiten Vorsitzenden, dem/der ersten und zweiten Schriftführer(in), dem/der Schatzmeister(in) und vier Beisitzern.

§ 14

1. Der Vorstand wird für zwei Jahre von der Hauptversammlung halbschichtig gewählt. Wiederwahl ist zulässig.
2. Zur Wahl gestellt werden in dem einen Jahr der/die erste Vorsitzende, der/die zweite Schriftführer(in), der/die Schatzmeister(in) und die Hälfte der Beisitzer; im anderen Jahr der/die zweite Vorsitzende, der/die **erste Schriftführer(in)** und die Hälfte der Beisitzer.
3. Wenn ein Vorstandsmitglied vor Ablauf seiner Amtszeit ausscheidet und nach dem Ermessen des verbleibenden Vorstandes eine Ersatzwahl erforderlich ist, erfolgt **die nur** für die Dauer der noch laufenden Amtszeit.

§ 15

1. **Wahlvorschläge sind schriftlich oder mündlich bis zum Beginn des jeweiligen Wahlganges dem Wahlleiter bekanntzugeben.**
2. Alle Wahlen werden durch Stimmzettel vorgenommen. **Soweit nicht in der Satzung unter § 27 etwas anderes bestimmt ist, entscheidet die einfache Stimmenmehrheit.**
3. **Bei Stimmgleichheit ist eine Stichwahl notwendig.**
4. **Wenn bei einer Wahl kein Widerspruch erhoben wird, kann jede Wahl durch Zuruf geschehen.**

§ 16

1. Der Vorstand hat gemeinsam die Geschäfte des Vereins zu führen und die laufenden Ausgaben zu **beschließen**. Er hat insbesondere die Mitgliederversammlungen vorzubereiten und einzuberufen und deren Beschlüsse durchzuführen.
2. Vorstandssitzungen finden nach Bedarf statt.

§ 17

Der Verein wird durch den/die erste(n) Vorsitzende(n) und den/die erste(n) Schriftführer(in), **bei deren Verhinderung** durch den/die zweite(n) Vorsitzende(n) und oder den/die Schatzmeister(in) gerichtlich und außergerichtlich vertreten. Zur Vornahme einzelner Geschäfte oder eines Kreises von Geschäften kann der Vorstand einzelne seiner Mitglieder ermächtigen.

§ 18

1. Der/die erste Vorsitzende leitet **in der Regel** die Vorstandssitzungen und überwacht die Ausführung der Beschlüsse. Er/sie ist zu allen Sitzungen der Ausschüsse einzuladen. In den Ausschüssen hat er/sie Stimm- und Einspruchsrecht. Wird Einspruch erhoben, entscheidet der Vorstand. In einem etwaigen Wahlausschuß hat der/die Vorsitzende weder Stimm- noch Einspruchsrecht.
2. In der Erfüllung seiner/ihrer Aufgaben wird er/sie von dem/der zweiten Vorsitzenden unterstützt, der/die ihn auch im Verhinderungsfalle vertritt.

§ 19

Die Schriftführer führen außer den ihnen sonst vom Vorstande übertragenen Aufgaben insbesondere die Niederschriften der Mitgliederversammlungen und der Vorstandssitzungen und arbeiten im Einvernehmen mit dem/der ersten Vorsitzenden die dort gefaßten Beschlüsse schriftlich auf.

§ 20

Der Schatzmeister hat außer den ihm sonst durch die Satzung übertragenen Aufgaben insbesondere für den rechtzeitigen Eingang der Beiträge zu sorgen, die Mitglieder bei Nichtzahlung der Beiträge zu mahnen und dem Vorstand zu berichten, wenn ein Mitglied länger als sechs Monate mit seinen Beiträgen im Rückstand ist. Stundung der Beiträge erfolgt nur mit **Zustimmung des Vorstandes**.

VI. Mitgliederversammlung

§ 21

1. Die Mitgliederversammlungen finden regelmäßig **einmal monatlich statt**. In den Sommermonaten kann der Vorstand die Versammlung ausfallen lassen, wenn keine wichtigen Beratungsgegenstände vorliegen.
2. Außerordentliche Versammlungen sind einzuberufen auf Beschluß des Vorstandes oder innerhalb von vierzehn Tagen auf schriftlich dem ersten Vorsitzenden einzureichenden Antrag von einem Zehntel aller Mitglieder des Vereins.
3. Die Mitglieder sind zu allen Versammlungen spätestens acht Tage vorher unter Angabe der Tagesordnung schriftlich oder durch Anzeige in dem Mitteilungsblatt des Vereins einzuladen.
4. Eine ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung ist in den Sachen, die auf der Tagesordnung stehen, unter allen Umständen beschlußfähig. In dringenden Fällen kann die Versammlung über Anträge des Vorstandes oder Mitgliederversammlung, die nicht auf der Tagesordnung stehen, Beschluß fassen, wenn kein Widerspruch aus der Versammlung erhoben wird. Falls Bedenken bestehen, entscheidet die Mitgliederversammlung mit Mehrheit, evtl. mit Zweidrittel-Mehrheit **gemäß § 27 der Satzung**.
5. **Beschlüsse über Anträge werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt**. Bei Stimmgleichheit ist der Antrag abgelehnt. Firmen, Vereine usw. haben als korporative Mitglieder nur eine Stimme bei Wahlen, Beschlüssen und sonstigen Abstimmungen, wie jedes andere Einzelmitglied, auch wenn mehrere Vertreter der betreffenden Vereine, Firmen usw. anwesend sein sollten, in diesem Falle ist dafür vorher ein Sprecher oder Stimmberechtigter zu beauftragen.
6. Über jede Mitgliederversammlung ist eine Niederschrift zu führen, worin insbesondere die gestellten Anträge und die gefaßten Beschlüsse enthalten sind. Die Niederschrift ist von dem Leiter der Versammlung und dem Schriftführer zu unterzeichnen.
7. Der Bürgerverein haftet nicht für Unglücksfälle, Sachschäden, Personenschäden oder sonstige Vorkommnisse, d.h. jeder besucht **auf eigene Gefahr eine** Veranstaltung.

§ 22

1. Die Jahresversammlung gilt als Hauptversammlung. In dieser sind der Jahresbericht von dem ersten Vorsitzenden und der Kassenbericht sowie der Voranschlag für das kommende Jahr von dem Schatzmeister vorzulegen.

2. Die Hauptversammlung wählt aus ihrer Mitte zwei Rechnungsprüfer auf die Dauer von zwei Jahren, die dem Vorstand nicht angehören dürfen. Alljährlich scheidet ein Rechnungsprüfer aus. Wiederwahl für die nächste Wahlperiode ist unzulässig.
3. Die Rechnungsprüfer haben die Rechnungen und Bücher durchzusehen, die Durchsicht zu bescheinigen und über den Befund zu beschließen. Sie haben das Recht und die Pflicht, auch unvermutete Kassenrevisionen vorzunehmen.
4. Die Versammlung beschließt auf Antrag der Rechnungsprüfer über die Entlastung des Vorstandes.

VII. Ausschüsse

§ 23

Jede Mitgliederversammlung kann beschließen, daß einzelne Beratungsgegenstände an einen Ausschuß überwiesen werden.

Außerdem können ständige Ausschüsse eingesetzt werden.

Die Sprecher der Ausschüsse und Arbeitsgruppen haben über die Tätigkeit ihrer Gruppe regelmäßig dem Vorstand Bericht zu erstatten.

§ 24

Die Zahl der Mitglieder eines jeden Ausschusses wird von der Mitgliederversammlung festgesetzt.

Die Mitglieder der Ausschüsse werden auf die Dauer von zwei Jahren gewählt. Alljährlich scheidet die Hälfte der Mitglieder aus; Wiederwahl ist zulässig.

2. Für die Wahlen gilt § 15 der Satzung.

VIII. Abgeordnete zum Zentralausschuß Hamburgischer Bürgervereine und zur Arbeitsgemeinschaft Hamburg-Nord

§ 25

Die Abgeordneten zum Zentralausschuß Hamburgischer Bürgervereine und zur Arbeitsgemeinschaft Hamburg-Nord werden von der Hauptversammlung auf die Dauer eines Jahres gewählt. Wiederwahl ist zulässig.

IX. Ämterverwaltung

§ 26

Die Mitglieder des Vorstandes, der Ausschüsse, die Abgeordneten zum Zentralausschuß Hamburger Bürgervereine und zur Arbeitsgemeinschaft Hamburg-Nord sowie die Rechnungsprüfer führen ihre Ämter ehrenamtlich. Auslagen sind ihnen zu ersetzen.

X. Änderungen der Satzung und Auflösung des Vereins

§ 27

1. Zur Beschlußfassung über Anträge auf Änderung der Satzung ist eine Zweidrittelmehrheit, auf Auflösung des Vereins eine Dreiviertelmehrheit der anwesenden Mitglieder erforderlich. Die Abstimmung über solche Anträge kann nur auf einer Mitgliederversammlung erfolgen, zu der die Mitglieder unter Mitteilung der Anträge im Wortlaut mindestens acht Tage vorher schriftlich oder durch Anzeige im Mitteilungsblatt des Vereins eingeladen worden sind.
2. Die Mitgliederversammlung kann über die Auflösung des Vereins nur dann beschließen, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Ist weniger als die Hälfte der Mitglieder anwesend, wird in einer zweiten, unmittelbar anschließenden Versammlung ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder beschlossen. Auf diese Folgen sind die Mitglieder in der Einladung ausdrücklich aufmerksam zu machen.
3. Das Vereinsvermögen ist im Falle der Auflösung des Vereins wohltätigen Zwecken und Organisationen (ZA) zuzuführen, mit der Auflage die Vereinsmittel im Sinne des bisherigen Vereinszweckes § 2 Absatz 1 dieser Satzung zu verwenden.

XI. Inkrafttreten der Satzung

Diese Satzung tritt mit dem 1. März 1990 inkraft.